

RECHT AUF WOHNEN

– Wohnen als Grundrecht –

Second Bill of Rights

Franklin D. Roosevelt

- The right to a useful and remunerative job in the industries or shops or farms or mines of the nation
- The right to earn enough to provide adequate food and clothing and recreation
- The right of every farmer to raise and sell his products at a return which will give him and his family a decent living
- The right of every businessman, large and small, to trade in an atmosphere of freedom from unfair competition and domination by monopolies at home or abroad
- **The right of every family to a decent home**
- The right to adequate medical care and the opportunity to achieve and enjoy good health
- The right to adequate protection from the economic fears of old age, sickness, accident, and unemployment
- The right to a good education



Charten und internationale Abkommen



- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
- Europäische Sozialcharta 1966
- Charta der Grundrechte der EU 2000
- Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker
- Weimarer Verfassung 1919
- Second Bill of Rights 1944

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948

- Am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Palais de Chaillot verkündet
- „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“
- Menschenrechtserklärung besteht aus 30 Artikeln
- in mehr als 300 Sprachen übersetzt

Artikel 25:

*„ 1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, **Wohnung**, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“*

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

- Am 16. Dezember 1966 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig verabschiedet
- Inzwischen von 160 Staaten ratifiziert (Österreich im Jahr 1978)
- Besteht aus 31 Artikel
- Definiert wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eines jeden einzelnen

Artikel 11.1:

„...das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einschließlich Recht auf Wohnen.“

Europäische Sozialcharta

- 1961 vom Europarat
beschlossenes völkerrechtlich
verbindliches Abkommen
- Revidierte Fassung 1996
- Von Österreich ratifiziert
- 31 Rechte und Grundsätze

Artikel 31 - Das Recht auf Wohnen

Um die wirksame Ausübung des Rechts auf Wohnung zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind,

1. den Zugang zu Wohnraum mit ausreichendem Standard zu fördern;
2. der Obdachlosigkeit vorzubeugen und sie mit dem Ziel der schrittweisen Beseitigung abzubauen;
3. die Wohnkosten für Personen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, so zu gestalten, dass sie tragbar sind.

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

- Rechtskräftig seit
7. Dezember 2000
- Kodifiziert Grund- und
Menschenrechte im Rahmen der
Europäische Union
- EU- Grundrechte erstmals
schriftlich niedergelegt
- In 6 Titeln eingeteilt: Würde des
Menschen, Freiheit, Gleichheit,
Solidarität, Bürgerechte und
justizielle Rechte

Kapitel 2, Artikel 7:

„Achtung des Privat- und Familienlebens

*Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres
Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie
ihrer Kommunikation“*

Weimarer Verfassung

- Am 31 Juli 1919 beschlossen
- In 3 Teile aufgeteilt: erster Hauptteil, zweiter Hauptteil und Übergangs- und Schlussbestimmungen
- Zweiter Hauptteil befasst sich mit dem Recht auf angemessene Wohnung

Artikel 155:

„(1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. Kriegsteilnehmer sind bei dem zu schaffenden Heimstättenrecht besonders zu berücksichtigen.“

Amnesty International



Das Recht auf Wohnen

„Weltweit werden Menschen widerrechtlich aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben - oft mit brutaler Gewalt. Der Schutz vor einer rechtswidrigen Zwangsräumung gilt jedoch auch für jene, die keine Mietverträge oder formellen Rechte an dem Land haben, auf dem sie wohnen. Dazu haben sich Staaten mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und durch den UN-Sozialpakt verpflichtet.“

Amnesty International

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen (kurz: Recht auf Wohnen) ist sowohl in Artikel 25 (1) der AEMR als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist. Laut UN gehören zum Recht auf Wohnen:

- Sicherheit des Besitzes, z.B. durch Urkunden. Aber auch wenn Menschen keine Papiere über ihre Wohnung besitzen, dürfen sie nicht einfach vertrieben werden und müssen immer Rechtssicherheit/Zugang zu Gerichten haben.
- Zugang zu sauberem Trinkwasser, Energieversorgung, medizinische Versorgung, sanitäre Anlagen u.a.
- Bezahlbarkeit der Unterkunft
- Bewohnbarkeit: Schutz vor Kälte, Hitze, Feuchtigkeit, Wind und Regen
- Erreichbarkeit: Schulen, Arbeit u.a. müssen in Reichweite der Wohnung liegen

Was muss der Staat tun?

Der Staat ist daher verpflichtet, das Recht seiner Bevölkerung auf eine angemessene Unterkunft zu respektieren und sie vor Eingriffen Dritter (wie z.B. Zwangsräumungen durch Privatunternehmen) zu schützen. Außerdem muss er laut Sozialpakt unter Ausschöpfung seiner Möglichkeiten die Umsetzung des Rechts auf Wohnen betreiben, d.h. die Grundversorgung von bestimmten öffentlichen Gütern für alle Bewohner bereitstellen, unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind.

Recht auf Wohnen in Österreich

Österreich hat die allgemeine Menschenrechtskonvention ratifiziert. Damit gilt auch in Österreich grundsätzlich ein Recht auf Wohnen. Dieses UN-normierte Menschenrecht ist aber nicht in Verfassungsrang gesetzt. Stattdessen gibt es in einer Reihe von Bereichsgesetzen (Wohnbauförderung, Raumordnung, Mietrecht etc.) normative Festlegungen, die als indirektes Grundrecht auf Wohnen zu verstehen sind. Die Zerstückelung des Globalrechtes auf Wohnen in Teilrechte führt dazu, dass kein einklagbarer individueller Rechtsanspruch auf Wohnversorgung entsteht. Die österreichische Rechtswirklichkeit steht damit in einem konstitutionellen Widerspruch zum ratifizierten Menschenrecht.

Frankreich geht voran: Das einklagbare Recht auf Wohnen

Mit dem von der Nationalversammlung und dem Senat am 21. Februar 2007 einstimmig beschlossenen Gesetz über das einklagbare Wohnrecht geht Frankreich in Europa voran. Ziel des Gesetzes ist, jeder sich dauerhaft und legal in Frankreich aufhaltenden Person, die nicht in der Lage ist, eine angemessene Wohnung zu finden bzw. zu behalten, das Recht auf Wohnraum zu garantieren.

Der Grundsatz des einklagbaren Wohnrechtes ist, sozial schwachen Menschen - allen Benachteiligten, Obdachlosen, mittellosen Alleinerziehenden mit Kindern - sozialen Wohnraum bereitzustellen.

Das Recht auf Wohnraum wird künftig auf einer Ebene mit dem Recht auf medizinische Versorgung oder Bildung stehen und macht Frankreich so zu einem Vorreiter auf diesem Gebiet.